

Meine Herren Abgeordneten!

Zu den am 8. Februar 1925 durchgeführten Wahlen mußte jeder einzelne gewählte Abgeordnete das Wort ergreifen, um seine Ansichten und seinen Standpunkt darzulegen, damit ein jeder uninteressierte Psychologe schon aus der Rede allein entnehmen konnte, ob der Abgeordnete durch den freien Willen des Volkes, seiner Wähler, der Anhänger starker Ideen seines Parteiprogramms, das er ihnen auf eine derart unwiderstehliche Weise erklärt hat, daß er sie für diese Ideen begeisterte, gewählt wurde oder ob er mit Hilfe der Polizei, der Dorfschreiber, der Gendarmerie, der Gemeindevoten, der Polizeikommissäre, der Bezirksadjunkten, der Oberstuhlrichter und Kreisvorsteher, der Vizegespanne, der Obergespanne und anderer Vertreter der Behörde sein Mandat erhielt.

Alle diese Vertreter der Behörden haben sich mit einer großen Anzahl ihrer Kollegen aus dem Finanz-, Forst-, Bau-, Verkehrs-, Agrar- und anderen Ressorts in den Dienst der beiden Parteien gestellt, welche diese Wahlen durchführten, und haben aufgehört, Staats- oder Gemeindeorgane zu sein, sondern sind durch die ganze lange Zeit vor den Wahlen einzig und allein Parteikortesche beider Regierungsparteien geblieben (Abg. Milan **Simonović**: Beleidigen Sie nicht! Gehen Sie acht, was Sie sprechen, damit wir nicht entsprechend reagieren! Uns hat nicht die Polizei gewählt! – Abg. Toma **Popović**: Das ist eine Unverschämtheit! – Großer Lärm und Geschrei. – Abg. Dr. **Grgin** schlägt mit der Hand auf die Bank und ruft: Schämen Sie sich! Wir werden Sie schon lehren, anständig zu sein! Wie sprechen Sie! Hier ist nicht Deutschland!)

Der Wahlkampf wurde nicht zwischen zwei oder mehreren stark ausgeprägten hohen Ideen oder Ideenkomplexen, nicht von Idee und Prinzip gegen Idee und Prinzip geführt, sondern zwischen der Gewalt, die in Parteien, unverantwortlichen Organisationen, in Vereinen von Cetnici oder Quasi-Cetnici organisiert war und die Unterstützung zahlreicher staatlicher Organe und Institute genoß, auf der einen Seite, und einigen Gruppen, welche die Idee der Freiheit, der Gleichberechtigung, der Duldsamkeit, der Demokratie, der Selbstverwaltung, der Verständigung, des Schutzes der nationalen Minderheiten vertreten, auf der anderen Seite. (Abg. Dr. **Grgin**: Sprechen Sie höflicher, dann werden wir Sie anhören! Wenn Sie aber so fortfahren, wie Sie begonnen haben, werden Sie nicht zu Ende kommen!) – Abg. Dr. **Moser**: Wir haben das Gefühl! Und wundern Sie sich nicht, wenn...

Lärm und Protest bei der Mehrheit. – (Abg. Dr. **Grgin**: Das ist eine Verleumdung! Sie sind ein unverschämter Mensch! – Abg. **Protić**: Wir wollen nicht hören, daß uns die Polizei gewählt hat. Schämen Sie sich! – Präsident Dr. **Subotić**: Ich bestrafe den Abg. Dr. **Grgin** mit einem schriftlichen Verweis. Ich bitte die Herren Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen. – Abg. Dr. **Grgin**: Sie wollen, daß gesungen wird „Deutschland, Deutschland über alles!“ – Abg. Dr. **Moser**: Das ist eine Lüge, das ist nicht wahr! – (Präsident Dr. **Subotić**: Ich werde der Nationalversammlung die Ausschließung des Abg. Dr. **Grgin** beantragen, wenn er sich nicht beruhigt. – Abg. Dr. **Grgin**: So? Zur Ausschließung? – Abg. Dr. **Grgin** verläßt demonstrativ den Saal.)

Der Beginn des illegalen Kampfes gegen unsere Partei der Deutschen des Königreiches SHS fällt in die Zeit der Tätigkeit des Staatsausschusses gleich nach Ausschreibung der Wahlen. Dem Ausschusse waren vom Innenministerium mangelhafte und unrichtige Ziffern über die Zahl der Wähler vorgelegt worden, weiters stellte dasselbe Ministerium ganz willkürliche Anträge über die Aufstellung von Wahlplätzen. Eine Anzahl von Gemeinden mit über 800 bis 2000 Wählern sollten nach diesen Anträgen ohne Wahlplätze bleiben. Nur der hartnäckigen Tätigkeit unserer Partei ist es zu danken, daß der Staatsausschuß auf Grund des von uns ihm vorgelegten geschichtlichen Materials in einigen Orten diesen Angriff gegen die elementaren Vorschriften des § 50 des Wahlgesetzes korrigierte und in einigen größeren Gemeinden Wahlplätze errichtete. Aber trotzdem ließ auch er eine bedeutende Zahl von Gemeinden mit ganz erheblichen Wählerzahlen ohne eigene Wahlplätze und verwies die Wähler dieser

Terror gegen die „Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ im Jahre 1925

Ein wichtiges Dokument zur politischen Vergangenheit der Deutschen in Jugoslawien

Rede des Abgeordneten Dr. Hans Moser, gehalten in der Sitzung der Belgrader Nationalversammlung (Skupschtina) am 25. März 1925

(Nach dem stenographischen Protokoll)

Mitgeteilt und eingeleitet von Prof. Dr. Anton Scherer, Graz

Am 17. Dezember 1922 wurde in Hatzfeld (ung. Zombolya, serb. Zombolja, heute amtlich rumänisch Jimbolia), das damals zu Jugoslawien gehörte, die „Deutsche Partei“ oder, wie sie laut Statuten hieß, die „Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ gegründet. Ihr erster Landespräsident war Dr. Ludwig Kremling, Rechtsanwalt aus Weißkirchen, von 1907–1918 Vorsitzender der „Ungarländischen Deutschen Volkspartei“. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte auch Dr. Hans Moser (geb. am 26. Juni 1889 in Semlin, gest. am 31. März 1980 in St. Stefan bei Horn in Niederösterreich). 1923 kandidierte er, der zweite stellvertretende Landespräsident war (erster war Dr. Stephan Kraft), auf der Liste der „Deutschen Partei“ und wurde zum Skupschtina-Abgeordneten gewählt. (Er gehörte der Belgrader Nationalversammlung von 1923–1929 und von 1934–1935 an.) Insgesamt errang die Deutsche Partei acht Mandate, ein Resultat, das die Deutschen im Südslawen-Staat nie mehr erzielten. Auf die Partei entfielen 43 007 Stimmen. Gewählt wurden außer Dr. Moser noch Dr. Stephan Kraft (geb. am 18. Aug. 1884 in India, gest. am 16. Juni 1959 in Heidelberg; als Abgeordneter wirkte er von 1923–1938), der spätere Direktor der Werbaßer Privaten Deutschen Lehrerbildungsanstalt Prof. Josef Täubel (geb. am 6. April 1886 in Putinci/Syrmien, als Abgeordneter von 1923–1935), der Deutsch-Untersteirer Dr. Wilhelm Neuner, Richter in Groß-Betschkerek (geb. am 25. April 1891 in Hohenmauthen, heute Slowenien, gest. am 30. April 1964 in Enzenbach bei Graz; Abgeordneter von 1923–1939), Samuel Schumacher aus Neu-Pasua/Syrmien, Senior des evangelischen Seniorats in Kroatien-Slawonien (1923–1929), der Gottscheer Franz Schauer, Redakteur der Cillier Zeitung (1923–1925), der Patschowauer Rechtsanwalt Dr. Simon Bartmann (geb. in Banat-Brestowatz, Abgeordneter von 1923–1925) und Peter Heinrich aus Hatzfeld, der aber sein Mandat niederlegte, als Hatzfeld im Sommer 1923 an Rumänien fiel (im Tausch gegen Modosch, das südslawisch wurde). An seine Stelle rückte der Rechtsanwalt Dr. Julius Elmer aus Groß-Betschkerek (1924–1925).

Die Partei der Deutschen wurde zum verlässlichen Partner der Regierungskoalition von Altrადикален und Demokraten, die vom 20. Dez. 1920 bis 17. Juli 1924 mit dem berühmten Nikola Pašić den Ministerpräsidenten stellte. (Es war das 6. (!) Kabinett seit der Staatsgründung Ende 1918.)

Gemeinden auf Wahlplätze in anderen Gemeinden, die 15 bis 20 Kilometer entfernt waren. So hatten keine Wahlplätze die Gemeinden Knicanin mit 765 Wählern, Budisava mit 559 Wählern (mit 336 Wählern aus Kač II zusammen 895 Wähler in einem Wahlplatz konzentriert), Cib mit 604 Wählern, Nova-Gajdobra mit 244 Wählern, Bačko Novoselo mit 345 Wählern, also große Gemeinden, während in Nord- und Südserbien 51 Wahlplätze unter 100 Wähler zählten, 537 unter 200 und 683 unter 300.

Diese unsere Gemeinden mußten in anderen, serbischen Orten abstimmen, nur damit sie einem umso größeren Terror, Einschüchterungen und Behinderungen ausgesetzt wurden. Und in der Tat hat am Tage der Wahl eine bedeutend kleinere Zahl Wähler abgestimmt als in Gemeinden, welche einen eigenen Wahlplatz hatten.

Rücksichtslos war auch die Beschränkung in der Abhaltung von öffentlichen Versammlungen und Besprechungen. So wurden verboten die Wählerversammlungen in Conoplja am 4. Januar 1925, in Stanišić am 6. Jänner 1925, in Bezdan, in Bački Monoštor am 7. Jänner 1925, ohne daß ein Grund angegeben worden wäre, ferner wurden dem Abg. Dr. Neuner Wählerversammlungen in Mastort und Heufeld am 13. Jänner 1925 und in St. Hubert am 14. Jänner 1925 vom Oberstuhlrichter in Jaša Tomić mit der Begründung untersagt, es bestehe unter den in der Nachbarschaft kolonisierten Dobrowolzen eine große Mißstimmung gegen den Einberufer, so daß es zu Zusammenstößen kommen könnte. Unterdessen war aber diese Mißstimmung vom Oberstuhlrichter einfach erfunden, denn Dobrowolzen gibt es in dieser Gegend überhaupt nicht. Weiters wurden dem Abgeordneten Dr. Simon Bartmann Wählerversammlungen im ganzen

Bezirke Pančevo mit der famosen Begründung des Oberstuhlrichters Zega verboten, daß das Volk gegen unsere Partei erbittert sei, weil unsere Partei die Regierung Davidović unterstützt hätte, welche von der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei abhängig gewesen wäre, gegen die die Obzana erlassen wurde. Abg. Bartmann wollte Wählerversammlungen nur in den deutschen Gemeinden abhalten, deshalb bestand diese Erbitterung des Volkes nur im Gehirne des Herrn Oberstuhlrichters, sonst aber nirgends. Selbst Herr Ljuba Davidović, der frühere Ministerpräsident, fand sich bewegt, gegen eine so offenkundige Verletzung des Gesetzes zu protestieren, für welchen entschlossenen Schritt wir Herrn Davidović sehr dankbar sind.

Ferner wurde dem Abgeordneten und Listenführer Dr. Neuner am 16. Jänner 1925 die Abhaltung irgend welcher Konferenz in Sanad vom Oberstuhlrichter in Kaniza verboten. Auch dem Abgeordneten und Listenführer im unteren Banat Dr. Kraft wurde vom Oberstuhlrichter in Werschetz die Abhaltung jeder Versammlung oder Zusammenkunft im Orte Gudurica verboten. Aus dem Hause des Herrn Tetz, bei dem Dr. Kraft abgestiegen war, jagte eine Gendarmepatrouille mehrere Gäste hinaus, wodurch sie das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit, begangen durch Hausfriedensbruch, verübte. Und später mißhandelte Gendarmewachtmeister Mijatović im Gemeindegarten den Landwirt Johann Tetz und brachte ihm schwere körperliche Verletzungen bei. Hier das ärztliche Zeugnis (Bewegung). Auch dem Abg. Schumacher wurde ohne jede Begründung die Abhaltung einer Versammlung in Veprovac am 24. Jänner 1925 verboten.

In allen diesen Vorgängen der behördlichen Organe fanden unverant-

wortliche Elemente, die Mitglieder der nationalistischen Organisationen, echte und unechte Dobrowolzen und Cetnici, den Ansporn für ihre Ausschreitungen, von denen sie nach diesen Vorzeichen und nach anderen (ein Wort ist unleserlich) Weisungen wußten, daß sie ungestraft bleiben werden. Und so begannen sie auch mit der gewaltsamen Störung bei der Abhaltung öffentlicher Versammlungen. Von den zahlreichen Fällen dieser Art erwähne ich nur den Fall vom 19. Jänner 1925, der mir in Zabaly passierte, und den noch ärgeren Fall, der meinem Kollegen, dem Abg. Schumacher, am 25. Jänner 1925 in Crvenka widerfuhr. In diesem rein deutschen Dorfe sollte eine dem Oberstuhlrichter angemeldete Konferenz stattfinden. Vor deren Beginn fragte Abg. Schumacher den Gemeindevoten, ob er Anordnungen getroffen habe, daß die Konferenz ungehindert verlaufe, da einige bewaffnete fremde Leute im Dorfe aufgetaucht seien. Der Notär erwiderte, die Köpfe der übrigen Anwesenden seien ebenso unsicher wie sein eigener. Zum Schutze der Konferenz hatte er nichts unternommen, obwohl er 12 Polizeimänner und mehrere Gendarmen zur Verfügung hatte. Kaum hatte die Konferenz begonnen, als 9 Dobrowolzen in den Saal eindringen, ein Geheul anstimmten, mit den Revolvern in der Hand drohten und die Anwesenden, auch die Abgeordneten, hinausjagten. Als der Saal geleert war, zertrümmerten und verwüsteten sie alles was nur in ihre Hände fiel: Fenster, Gläser, Geschirr, Stühle, Tische, Türen usw. Da die Leute nicht schnell genug auseinander gingen, jagte sie unter Beihilfe der Dobrowolzen auf Befehl des Notärs die Polizei selbst mit Säbeln und Bajonetten auseinander, wobei mehr als 6 Personen verletzt wurden. Polizei und Gendarmerie hatten sich erst jetzt

versammelt, um den Angreifern einen sicheren Rückzug zu verschaffen.

Die Vertreter der Lokalbehörden gingen aber auch noch weiter. In allen Orten in der ganzen Wojwodina begann man einerseits die Wähler durch unerlaubte Versprechungen zu locken, und andererseits mit den ärgsten Drohungen sie einzuschüchtern. Man versprach ihnen Hausplätze, Bauplätze, Grund und Boden, Abschreibung von Steuern und Gemeindeumlagen, Jagdkarten, Waffenpässe, Befreiung vom Militärdienst, bessere Qualifizierung und Preise für Tabak, verschiedene Monopolkonzessionen usw. Als aber die behördlichen Organe sich überzeugen mußten, daß diese Versprechungen keinen Erfolg hatten, daß ihnen niemand mehr glaubte, begannen sie zu drohen und setzten leider an vielen Orten diese Drohungen auch in die Tat um. Sie drohten mit Entziehung der Gewerbescheine, des Schankrechtes, Nichtausstellung von Auslandspässen, wenn dieselben auch aus den allerbegründetsten Ursachen verlangt wurden, mit Einberufung zum Militärdienst, Abnahme der Waffen, Verhaftungen, Ausweisung über die Grenze usw. Diese und andere Drohungen wurde auf die allerhärteste Weise durchgeführt. So wurden Schankkonzessionen den Gastwirten in Lazarevo, Martinica, Ernestinovo (gemeint: Ernsthausen), Banatski Brestovac, Banatski Despovac, Supljaja, Katarina, Veprovac und Altverbaß entzogen. Charakteristisch ist, daß das Schankrecht in Ernestinovo ohne jeden Grund auch einer Frau entzogen wurde, die, da sie ja kein Wahlrecht hatte, beim besten Willen nicht für die Radikalen stimmen konnte. Sehr oft war es genug, daß in dem betreffenden Gasthaus eine Konferenz oder eine Wählerversammlung angesagt war und prompt folgte die Entziehung des Schankrechtes. Außer Gasthäusern wurden auch Fleischbänke, Mühlen und Druckereien gesperrt.

Dann begann man in vielen Orten in der Wojwodina und in Syrmien die Waffen Leuten, wie Jagdpächern und ihren Heggern wegzunehmen, welche nach den Vorschriften des Jagdgesetzes Feuerwaffen tragen müssen, um mit diesen Waffen, und keinen anderen, das schädliche Raubwild zu vernichten. Gegen die Verpflichtung, daß er für die Radikalen stimmen werde, konnte jedermann wieder die Bewilligung zum Waffentragen erhalten. Die Waffen wurden auch den Nachwächern in großen Industrieunternehmungen weggenommen.

Je mehr sich der Tag der Wahlen näherte, desto mehr wuchs die Nervosität der unteren behördlichen Organe, so daß ihre Exzesse immer ärger wurden und in brutale Mißhandlungen, Verprügeln und Einsperren ruhiger, angesehener, ja sogar der besten Bürger, ausarteten, welche sich für das Regime nicht exponieren wollten. So mißhandelte der Oberstuhlrichter Dušan Nikolić in Bačka-Palanka in seinem eigenen Büro den Obmann unserer Organisation, den Grundbesitzer Josef Müller aus Neu-Palanka. In demselben Amte wurden mißhandelt Christoph Schmidt und Peter Ballay aus Bukin, Adam Wildmann und Nikolaus Kless aus Obrovac um Mitternacht vom 7. auf den 8. Febr. 1925 und andere. Der Oberstuhlrichter von Werschetz Vladimir Rakić mißhandelte im Gemeindeamt Georgshausen den Gewerbetreibenden Jakob Krämer, weil er dem Abg. Grgin, der auf unwarhe Weise die Tätigkeit meiner Abgeordnetenkollegen im vergangenen Parlament kritisierte und diese Tätigkeit herabsetzte, mit einem harmlosen Zwischenruf ins Wort gefallen war. Auf ganz unbeschreibliche Weise wurden auf dem Gendarmerieposten in Ridjica Kaspar Lewang, Anton Stein, Josef Sehn und Jakob Feindis von den Gendarmen mißhandelt, ohne daß sie irgend etwas verschuldet hätten, nur darum, weil sie Mitglieder unserer Partei sind. Ridjica, ein Ort an der äußersten Nordgrenze unseres Königreiches, leidet schon durch Jahre unter einem unbeschreiblichen und unmenschlichem Terror und einer Mißhandlungswur seitens der Notäre und der Gendarmen, und die wiederholten Anzeigen, die selbst bis zum Ministerium des Inneren gingen, nützten bisher gar nichts. Die Verbrecher in Gestalt von behördlichen Organen führen bis heute ihre Untaten ungestraft durch. Diese Straflosigkeit ermutigte den Gemeindevoten in Heufeld zu dem unerhörten Skandal, daß er dem Abg. Dr. Wilhelm

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

Neuner den Zutritt in dieses rein deutsche Dorf verbot und ihn mit Hilfe von Gendarmen und Bajonetten aus dem Hotter des Dorfes vertrieb, so daß er mit seinen Wählern nicht ein einziges Wort sprechen konnte. Dr. Neuner hat allerdings gegen diesen Notar und gegen den Oberstuhlrichter Jasa Tomić, der angeblich dem Notar den Auftrag hiezu gab, die Strafanzeige wegen Verbrechens und Vergehens des Mißbrauchs der Amtsgewalt nach §§ 472 und 475 des Strafgesetzes für die Wojwodina erstattet, aber wir glauben nicht, daß der Staatsanwalt und der Gerichtshof in Groß Kikinda frei und nach ihrer amtlichen Pflicht dieses Verbrechen untersuchen und die Schuldigen werden bestrafen können.

Am 31. Jänner 1925 wurde das Erscheinen der „Werbaßer Zeitung“ eingestellt und der Redakteur des Blattes Breitwieser von der Polizei auf unmenschenliche Weise verprügelt. Die Druckerei wurde gesperrt, dann später aber in Widerspruch mit allen gesetzlichen und verfassungsmäßigen Vorschriften für dieses Blatt die Präventivzensur eingeführt.

Einen unbeschreiblichen Terror übten im unteren Banat die sogenannten **Cetnici** aus, von denen mir Minister Boža Maksimović kurze Zeit vor den Wahlen sagte, er wisse nichts von ihnen, das könnten keine echten Cetnici sein usw. Unterdessen aber hatten acht solche bis an die Zähne bewaffnete Leute Erlasse des Oberstuhlrichters Ranisavljević aus Kovin, womit ihnen erlaubt wird, die Wohnungen unserer angesehensten und anständigsten Leute in Mramorak zu durchsuchen. Hier ist ein solcher Erlaß! (Redner zeigt ihn vor.) Diese Cetnici, begleitet von Gendarmen, durchsuchten die Wohnungen, um inkriminierte Gegenstände und Urkunden zu suchen, — welche, wird im Erlaß nicht angeführt. Wie kommen Cetnici dazu, eine Hausdurchsuchung vorzunehmen? Darüber wird uns erst der Herr Minister des Inneren Aufklärung geben müssen. Natürlich fanden sie nichts, absolut nichts. Aber trotzdem führten sie alle unsere Ortsausschußmitglieder in die Gemeinde, wo sie ihnen drohten, sie würden ihnen Frauen und Kinder erschlagen und abschlachten, wenn nur fünf Kugeln in der Urne unserer Partei gefunden würden. Darauf schlugen die Cetnici in der Gemeinde mit Revolvern, Gewehrkolben und Stöcken unsere Volksgenossen blutig, bis sie in Ohnmacht fielen. Es waren dies Franz Bingel und Jakob Fisler, was dieses ärztliche Zeugnis beweist. (Zeigt es vor.)

Eine ähnliche Gruppe von Cetnici besuchte am 2. Februar 1925 den Ort Franzfeld und drohte vor den Vertretern der Behörde, welche die Bürger zu einer Versammlung zusammenberufen hatten, ganz offen mit Messern und Revolvern, daß sie Frauen und Kinder abschlachten und das Dorf an allen vier Enden anzünden werden, wenn es nicht für den nationalen Block stimmen werde. Dieselben Cetnici beunruhigten das ganze Dorf wiederholt und in der Nacht vor den Wahlen terrorisierten sie bis über Mitternacht hinaus die Einwohnerschaft.

Mit denselben Drohungen gegen Frauen und Kinder und mit Brandlegung drohten die Cetnici auch in anderen Orten, so in Pločica, wo sie im Gemeindehaus einen gewissen Konrad Novak so lange prügeln, bis sie ihm durch Torturen das Versprechen abzwangen, für die Radikalen zu stimmen.

Was soll ich erst über das zahllose Einwerfen von Fensterscheiben sagen, das in so vielen unseren Dörfern bei unseren angesehensten Leuten bis zum Landespräsidenten unserer Partei, Dr. Ludwig Kremling, mitten in Weißkirchen praktiziert wurde, ohne daß bis heute jemand deswegen gestraft worden wäre!

Nach alledem folgten die **Verhaftungen** ohne Anlaß und ohne Schuld. So wurden in Altwerbaß Daniel Blatt, Heinrich Reppert, Ludwig Kilz und Peter Schneider, in Prigl. S. Ivan Franz Breitträger und Edl. in Neupazua 10 Mitglieder unseres dortigen Ausschusses durch zehn Tage, in Bukin Christoph Schmidt, Peter Ballay und der röm.-kath. Pfarrer Booz (richtig: Potz), in Beška 16 Leute verhaftet. In Backa Palanka drohte der Oberstuhlrichter dem versammelten Gemeindegemeinschaften, er werde der deutschen Bevölkerung am 9. Februar 1925 den Krieg erklären, wenn nicht 1000 Stimmen für die Radikalen fallen.

Terror gegen die „Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ im Jahre 1925

Die unerhörteste Tat vor den Wahlen war der **verbrecherische Überfall** auf den Abg. Dr. Kraft und Dr. Graßl sowie auf den Obmann unserer Ortsorganisation Peter Karius in Neusiwtz. Für den 25. Jänner 1925 war in dem deutschen Orte Neusiwtz eine Wählerversammlung angemeldet worden. Die Leute hatten sich ruhig versammelt und da die Redner nicht zur angesagten Zeit eingetroffen waren, begaben sie sich ebenso ruhig wieder nach Hause. Aber es hatte sich auch eine Gruppe unverantwortlicher Elemente unter der Führung eines Gemeindeangestellten eingefunden, welche, nachdem sich das Volk verlaufen, den Einberufer der Versammlung Karius ohne jeden Anlaß derart verprügelten, daß er ohnmächtig und blutend zur Erde fiel. Nach diesem Verbrechen trafen vor Einbruch der Nacht auf einem Automobil Dr. Kraft und Dr. Graßl in Neusiwtz ein. Als sie erfuhren, was Karius widerfahren sei, wollten sie ihn auf dem Automobil in das nächste Krankenhaus bringen. Als sie eben daran waren, dieses charitative Werk auszuführen, wurden sie mitten im Dorf in der Dunkelheit von demselben aufgehetzten Haufen angehalten und auf ein Zeichen, das mit einem Revolverschuß gegeben wurde, warfen sie sich auf Dr. Kraft und Dr. Graßl, um die verbrecherische Tat, die sie an dem unglückseligen Karius begannen hatten, an diesen beiden zu vollenden. Im Augenblick waren beide Unglückliche von einer aufgehetzten Masse von 30–40 Leuten, die alle mit dicken Stöcken und Eisenstäben bewaffnet waren, umgeben und es begannen die Schläge auf die Opfer zu hageln. In unerhörter Barbarei schlug man beide auf den Kopf, auf die Hände, auf den Rücken und auf den ganzen Körper, bis sie ohnmächtig in ihrem Blute zusammenstürzten und man glaubte, daß sie erschlagen seien. Auf die Hilferufe kam keine Hilfe. Nirgends war ein Polizist oder ein Gendarm zu sehen, obwohl sich alles dies mitten im Dorf in unmittelbarer Nähe des Gemeindeamtes zutrug und obwohl die Organe der Sicherheit (oder besser der Unsicherheit) und beide Notäre aus Alt- u. Neusiwtz wissen mußten, daß jemandem etwas drohe, denn niemals bis zu diesem Tage war in Neusiwtz vor dem Kasino mitten im Ort, ein bis zwei Kilometer entfernt von Altschwe, eine derartige Menge von Dobrowolzen und Mitgliedern der Srnao versammelt, wie an diesem Tage. Dr. Kraft schwebte eine Woche zwischen Leben und Tod, beinahe sechs Wochen mußte er im Sanatorium im Bette zubringen, er ist auch heute noch nicht vollkommen hergestellt und trägt an der Stirne die sichtbaren Schandzeichen der freien Wahlen. Aber bis heute ist noch niemand ernstlich zur Verantwortung gezogen, geschweige denn bestraft worden, und wir sind neugierig, ob denn auch irgend jemand bestraft werden wird.

Ein besonderer Trick der Anhänger der Regierungspartei waren die **gefälschten Plakate**, welche am Tage vor den Wahlen und am Wahltag selbst unter unsere Wähler verteilt wurden. Sehen Sie her, meine Herren, wie in diesem Plakat (Redner zeigt ein mit „Dr. Graßl“ unterfertigtes Plakat), welches unter den Deutschen in Neupazua mit der gefälschten Unterschrift Dr. Graßls verteilt wurde, von seiten der königlichen Regierung den Deutschen deutsche Schulen, Rückstellung des Grundes und Bodens, der dem deutschen Volke in deutschen Gemeinden weggenommen worden war, versprochen wird. Sehen Sie weiter die schweren Drohungen, mit denen den Deutschen gedroht wird, man werde ihnen ihren Privatbesitz und ihre Häuser und alle ihre Rechte wegnehmen, wenn es zu Unruhen kommen sollte. Sehen Sie, welcher Mißbrauch mit dem Namen Sr. Majestät des Königs Alexander I. getrieben wird. Hier, meine Herren, ein weiteres Falsifikat mit der angeblichen Unterschrift Dr. Krafts, in welchem mit Terror, Attentaten und Blutvergießen gedroht wird und die Wähler aufgefordert werden, nicht zur Wahl zu gehen. Bezeichnend ist das Versprechen, daß alle brutalen Ge-

setzwidrigkeiten dem Völkerbunde angezeigt würden. Hätten wir dies letztere gesagt, so würden Sie uns heute an das Kreuz schlagen; wenn aber Ihre Agenten den Glauben unserer deutschen Bevölkerung zu unseren Behörden untergraben und ihr versprechen, daß sie nur beim Völkerbund Hilfe finden können, dann rühren Sie keinen Finger, um den Falsifikator ausfindig zu machen. Hier noch ein Flugblatt mit einem Falsifikat unserer Parteileitung aus dem Somborer Wahlkreise, in welchem mit **agents provocateurs**, mit unverantwortlichen Elementen gedroht wird, von denen in diesem Flugblatte zugegeben wird, daß sie von den Behörden unterstützt und angespornt werden. Weiters wird mit Gewalt, mit Verbrechen, Blutvergießen und Brandlegung gedroht. Alles dies sind indirekte Geständnisse Ihrer Anhänger, daß Gewalttaten, Terror und Drohungen der ärgsten Art verwendet wurden, die sie dann auch tatsächlich ausübten.

Sie werden die Frage stellen, warum wir dagegen nicht Beschwerden oder Klagen eingebracht haben. Wir taten dies darum nicht, weil auch wir den Glauben verloren haben, daß sich ein Forum finden wird, welches sich mit diesen Klagen und Beschwerden ernstlich befassen, die Schuldigen suchen und sie bestrafen würde.

Der Wahltag selbst brach in diesem Zeichen der Unruhe der Wählermassen an, die schon durch soviel Wochen beständig beunruhigt, aufgereizt, eingeschüchtert, mißhandelt und von den Organen, den Behörden aller Kategorien und Grade verprügelt wurde, nur damit das Resultat der Wahlen so ausfallen möge, wie es beide Gruppen des herrschenden Regimes wünschten. Obwohl § 63 des Wahlgesetzes klar vorschreibt, daß es ausschließlich in die Kompetenz des Wahlausschusses und seines Präsidenten gehöre, die Identität der einzelnen Wähler festzustellen, wurde doch in aller Frühe des Wahltages von Gemeindeangestellten die Nachricht verbreitet, daß niemand **ohne Legitimation** abstimmen könne, welche jedem einzelnen Wähler der Notar auszustellen habe. Den Anhängern des Regimes wurden die Legitimationen noch vor Beginn der Wahl zugestellt, die übrigen Wähler mußten bis gegen Abend warten, und die Mehrzahl derselben konnte die Legitimationen nicht erwarten, weil jede halbe Stunde eine ausgestellt wurde. Den Nichtanhängern des Regimes gab sie der Notar, den Radikalen oder selbständigen Demokraten teilten sie die Parteikortusche aus, welche sie, wie in Apatin und anderen Orten, in der Tasche hatten. Die Eingänge zum Wahllokal, die Gassen, ja ganze Orte waren abgesperrt und verbarrikadiert durch bewaffnete Gruppen von Leuten, welche irgend eine Kontrolle ausübten und nur Leute mit Legitimationen durchließen, während solche, die keine Legitimationen hatten, mißhandelt wurden, wie zum Beispiel in Bački Brestovac. Hunderte und Tausende von Wählern wurden auf diese Weise an der Abstimmung verhindert, weil sie beim Eingang zum Wahllokal von diesem selbstbestellten gewalttätigen Kontrollen unter dem Vorwande, daß sie keine Legitimation haben oder daß ihre Legitimation nicht in Ordnung sei, abgewiesen wurden. Hier, meine Herren, Beispiele solcher richtiger und fehlerhafter Legitimationen. (Redner zeigt mehrere solcher Legitimationen vor.) Auf diese Weise konnten nicht abstimmen in Bački Brestovac 600, in Karavukovo gegen 400, in Krnjaja gegen 770, in Apatin gegen 1000, in Weprowatz 200, in Torschau 300, in Filipovo 600, in Srpski Miletic 600, in Neuwerbaß gegen 1000, in Gakovo gegen 250, in Kolut gegen 500, in Prigl. St. Jvan gegen 600, in Titel gegen 200, in Sajkaski Sv. Jvan gegen 300, in Katsch und Budisawa gegen 600, in Alftutok 300, in Bukin 150, in Pašicevo 100, in Altschwe 140, in Altwerbaß 450, in Telečka 250, in Kraljevicevo gegen 400, in Mramorak 70, in Mariolana gegen 300 Wähler. Allein durch diese Verhinderung der Wähler haben wir wenigstens 4–5 Abgeordnete verlo-

ren, was sich leicht ausrechnen läßt. Außerdem wurden aus unseren Urnen Kugeln herausgenommen und in andere Urnen geschüttet, wie in Bézanija, Heufeld und vielen Orten der Baranja.

Auf demselben Grabe des Terrors stehen auch die brutalen Vorgänge gegen unsere **Urnenhüter** in vielen Gemeinden. In Ridjica wurden die Urnenhüter Jakob Pfarr und Josef Rikert von Gendarmen im Gemeindehaus und in der Gendarmeriekaserne auf tierische Weise bis aufs Blut mißhandelt, so daß sie in Ohnmacht fielen; in Neufutok wurden die Urnenhüter Josef Klingler und Johann Bekkerle in Ketten gelegt und wie Verbrecher dem Staatsanwalt in Neusatz übergeben, der sie sofort in Freiheit setzte, da er keine Ursache für eine strafgerichtliche Verfolgung fand. In Feketiš drohte der Notar dem Urnenhüter, er werde ihm seine Gewerbezulassung entziehen, und in Kula drohten die Gendarmen dem Urnenhüter mit verschiedenen Drohungen, sich ja nicht im Wahllokal zu zeigen. Die größten Unzukömmlichkeiten gegen die Urnenhüter sind ohne Zweifel jene, wo bewaffnete Cetnici angesichts der Wahlen unseren Urnenhütern ins Quartier gelegt wurden, und wo diese Cetnici mit Waffen in Händen und unter den allergrößten Schimpfworten und Drohungen sie verhinderten, auf den Wahlplatz zu gehen. Dies geschah in Heufeld. Noch ärger erging es dem Urnenhüter Jakob Müller in Altschwe. Diesen überfiel am Abend vor dem Wahltag an der Schwelle und im Gange des Wahllokales in Gegenwart des Gemeindevorstehers, während der Wahlausschuß seiner Tätigkeit oblag, eine Horde von Menschen, verprügelte ihn derart, daß er blutig und ohnmächtig zu Boden fiel, und die Angreifer hätten ihn auch vor den Augen seiner Frau, die herbeigelaufen gekommen war, erschlagen, wenn sich seine Frau nicht über ihn geworfen und ihn nicht heroisch mit ihrem eigenen Körper geschützt hätte. In derselben Nacht wurde auch der zweite Urnenhüter Jakob Sell beinahe erschlagen, den zwei Verbrecher vor seinem Hause blutig prügeln, bis er ohnmächtig umfiel. Wie viel Urnenhüter vor dem Wahltag verprügelt, eingesperrt und eingeschüchtert wurden, läßt sich beinahe nicht ausrechnen. Den Urnenhütern in Srpski Miletic mußte der Präsident des Wahlausschusses Legitimationen geben, damit sie in das Wahllokal zurückkehren konnten. In diesen Legitimationen **bitet** der Präsident die Terroristen, sie mögen die Urnenhüter in das Gemeindehaus zurücklassen, anstatt daß er seiner Pflicht gemäß die Terroristen gleich hätte verhaften lassen.

Viele Orte wie Franzfeld, Srpski, Miletic und andere mußten Vorspanndienste leisten, um die bewaffneten Leute in den Ort zu bringen, die dann an ihnen Terror ausübten.

Ohne jeden Grund wurde in die ruhigsten Dörfer **Militärassistenten** entsendet, als schon durch keinerlei andere Machinationen die Wähler von der Abstimmung abgebracht werden konnten, und es standen sogar Maschinengewehrabteilungen mit gegen die ruhigen Volksmassen gerichteten Gewehren in Bereitschaft, um die ruhigen Wähler ohne jeden Grund auseinanderzujagen wie in Werbaß, während in anderen Orten nüchtern denkende Kommandanten einsahen, daß kein Anlaß für ihre Intervention vorliege.

Alles dies nahm aber auch **nach den Wahlen** kein Ende. Bis heute werden Fenster eingeschlagen, jeden Tag werden Mißhandlungen verübt, und die Leute müssen sich ihre Fenster mit Brettern und Tischen verbarrikadieren und werden auch heute noch gezwungen, in die radikale oder selbständig-demokratische Partei einzutreten, es werden Konzessionen entzogen, um 7 und 8 Uhr werden die Gasthäuser gesperrt, man verbietet den Leuten, sich nach 8 Uhr auf der Gasse zu zeigen, man zwingt die Deutschen sich auf ein radikales Blatt zu abonnieren, welches in Neusatz in magyarischer Sprache erscheint, man zwingt sie, sich auf das radikale

Organ „Die Zeit“ in Apatin zu abonnieren, welches in deutscher Sprache erscheint. Auch die allerärgersten Methoden begann man sofort nach den Wahlen anzuwenden, u. zw. Brandlegung auf Sallaschen und anderen Wirtschaftsgebäuden und Besitzungen, wie in Neu- und Altschwe und Pribicevicevo. Allen Jägern und Jagdhegern, die nicht Radikale sind, werden die Gewehre weggenommen. In Bajmok droht der Notar, er werde Geiseln ausheben und verweigert die Auskunft, warum er dies tun will, und wer dies angeordnet habe.

Meine Herren, wundern Sie sich nicht, daß nach solchen schrecklichen Schikanen und Torturen auch bei uns Deutschen das Blut überwallt, und daß wie in Nincicevo die Deutschen, nachdem man ihnen Hunderte von Fensterscheiben eingeschlagen und ihnen Gewalt und Schande angetan hatte, reagierten und Gewalt mit Gewalt beantworteten, nachdem sie weder bei den Staats- noch bei den Gemeindeorganen Schutz fanden weder für sich, noch für die Unverletzlichkeit ihres Vermögens, ihrer Familien und ihrer elementarsten Bürgerrechte. Als sie sich an die Gendarmerie wandten, erklärte ihnen der Wachtmeister, es sei dies alles Politik, er könne sie nicht in Schutz nehmen.

Nicht bloß in der Wojwodina sind die Vertreter des heutigen Regimes an der Arbeit, sich an den deutschen Wählern wegen ihrer Stimmenabgabe zu rächen, sondern dieselben schikanösen Maßnahmen werden auch gegen die Deutschen in **Slowenien**, besonders in **Gottschee**, angewendet. Dort werden jetzt auch noch die wenigen Vereine aufgelöst, welche dieses Schicksal nicht gleich nach dem Umsturz erlitten, so der Lehrerverein, der Leseverein und andere. Was aber das Ärgste ist, den rein humanitären deutschen Feuerwehr-Vereinen wird die slowenische Sprache als Kommandosprache aufgezwungen. Ich bezweifle, daß die Slowenen in Italien, welche von den Faschisten auf ähnliche Weise behandelt werden, derartige Vorgänge gutheißen werden.

Es erübrigt mir noch auf einige Bemerkungen zu reflektieren, welche im Verifikationsausschusse gefallen sind. So behauptete der Abg. Grgin, daß der Lehrer Arnold und der röm.-kath. Dechant-Pfarrer in Werschetz Jakob Endres vor den Wahlen auf einigen Abendunterhaltungen das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen hätten. Ich bin im Besitze von Erklärungen beider Herren, aus denen hervorgeht, daß dies eine **gewöhnliche Unwahrheit** ist, und ich fordere Herrn Grgin auf, seine häßlichen Unterschiebungen, welche Denunziationen ärgster Sorte gleichen, da sie einen dieser beiden Herren Brot und Amt kosten könnten, obwohl er keine Schuld trägt, zu beweisen. Mit derartigen Unterschiebungen wird eine systematische Hetze gegen die wenigen gewissenhaften und korrekten Staatsbeamten deutscher Nationalität getrieben, welche noch heute im Dienste stehen, und die für den Staat sicher mehr geleistet haben, als Herr Grgin mit den Refakten für den Weintransport.

Ich erwähnte noch den Fall der Wahl in Perlez, wo die Wähler aus Radolfsgnad abzustimmen hatten. Die Radikalen haben gegen diese Wahl eine Beschwerde eingebracht, weil die Wähler angeblich den ganzen Tag nicht abstimmen wollten, und erst abends angeblich durch irgend einen Park in das Wahllokal kamen. Das ist **nicht wahr**. Vor allem anderen wurden die Wähler auf dem Wege von Radolfsgnad nach Perlez von bewaffneten Dobrowolzen aufgehalten, die sich erst knapp vor Mittag zurückzogen. Weiters stimmten vor ihnen die Wähler aus Eisenheim (Belo Blato) auf demselben Wahlplatze, und schließlich übte der Wahlpräsident sein Amt so langsam aus, daß vor 6 Uhr nur sehr wenige Wähler an die Reihe kamen. Um 6 Uhr ließ er die übrigen Wähler in das Wahllokal, verteilte sie in die übrigen Zimmer und Gänge und so stimmten sie in größter Ordnung bis nach 3 Uhr früh ab.

Ebenso entsprechen auch die Berichte des **Innenministers**, nach welchen seitens unserer Wähler Terrorakte gegen die Anhänger der Radikalen in Sonta oder Batina verübt worden sein sollen, nicht den tatsächlichen Zuständen. Denn es ist nicht wahr, daß Herr Janz so gesprochen hat, wie man ihm unterschiebt, noch wurde von unseren Leuten auch nur ein Fenster eingeschlagen.

Bezeichnend für die Art und Weise, (Fortsetzung auf Seite 9)

Terror gegen die „Partei der Deutschen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ im Jahre 1925

(Fortsetzung von Seite 8)

wie die Radikale Partei agitierte, ist auch, wie der gewesene Gesandte in Paris Dr. Friedrich Spalajković in Bosnien seine Agitation einrichtete. Er behauptete in seinem bosnischen Wahlkreis, der Bolschewismus sei eine Fortsetzung der Pläne des Exkaisers Wilhelm, die ganze Welt zu erobern und stellt dem naiven Volk die Bolschewiken als die gefährlichsten Feinde dar, wobei er sagt, es sei kein Wunder, wenn besonders die deutsche nationale Minderheit bei uns ein Werkzeug der bolschewistischen Propaganda im Königreiche SHS sei. Dr. Spalajković mußte doch wissen, daß der Minderheitsschutzvertrag nicht in Moskau, sondern in Paris, bzw. St. Germain und Trianon geschaffen wurde.

In demselben Sinne bemühten sich auch in öffentlichen Versammlungen der Notär von Altsiwatz und der radikale Abgeordneten kandidat Sević zu behaupten, daß ich Kommunist sei.

Und als ob alles dies aus einer Quelle käme, begannen auch verschiedene behördliche Organe unseren Parteifreunden zu imputieren, sie seien Kommunisten, Radikaler usw. und begannen sie aus diesem Gesichtspunkte in der ganzen Wojwodina zu verfolgen und zu verhaften, wie in Pribicevicevo, Altwerbaß, Prigl, Sv. Jvan u. a.

Mit dem **Kommunismus** haben wir überhaupt **keine Verbindungen**, auch mit Radic und seiner Partei hatten und haben wir keine anderen Beziehungen, außer der der ganzen Öffentlichkeit bekannten, daß wir den Abgeordnetenkollegen aus jener Partei die Tore der uns gemeinsamen Nationalversammlung zu öffnen halfen, indem wir für die Verifikation ihrer Mandate stimmten, wie auch die ganze übrige Skupstina dies tat. Und ganz besonders haben uns angesehene Mitglieder der heutigen Regierung, Dr. Krizmann, Dr. Grisogono und Wilder **zugesprochen**, so zu stimmen. Das war von unserer Seite durchaus nicht ein Schiedsrichter, oder eine Einmischung in den serbisch-kroatischen Streit, sondern eine **rein juristische und parlamentarische Frage**, in der wir damals nach unserem besten Wissen und Gewissen entschieden.

Es ist kein Wunder, meine Herren, daß sich die unverantwortlichen Elemente und die Dobrowolzen mit aller Schärfe gegen uns gewendet haben, wenn sie von seiten der allerverschiedensten Behörden dazu **angestiftet** wurden. Dafür gibt es Beweise in der Teilnahme von Gemeindeangestellten an dem Überfalle auf Dr. Kraft, in der Teilnahme des Unternotärs an den Unternehmungen der Cetnici in Franzfeld, in der Teilnahme der Gendarmerie an den Hausdurchsuchungen, die die Cetnici in Mramorak vornahmen, in jenem berühmten Schreiben des Bezirksvorstehers in der Baranja, in Batina, — es scheint, daß da der Satz gilt: nomen est omen, denn mit Schlägen hat er nicht gespart, — in dem er die Notäre anweist, daß sie unbedingt und mit allen Mitteln die Versammlungen von Parteien, die dem nationalen Block nicht angehören, sprengen und auflösen müssen. Aber es hat den Anschein, daß die Anstiftungen in vielen Fällen nicht bloß von den niederen und mittleren behördlichen Organen kamen, sondern auch von **gewesenen** und von **aktiven Ministern**. So sprach der gewesene Minister **Simonović** in einer Wählerversammlung in Sonta davon, daß noch auf 50 Jahre hinaus von einer Gleichberechtigung deutscher und slawischer Staatsbürger keine Rede sein könne, solange die Deutschen so schöne und große Häuser haben, die anderen aber nicht. Als ob es in Belgrad nicht noch größere Häuser gäbe! Minister **Stojadinović** sagte aber in einer Wählerversammlung im unteren Banate, in Weißkirchen, daß man alle Deutschen, die für unsere Partei stimmen, vernichten müsse u. ä.

Schließlich ist auch die Antwort bezeichnend, welche der **Minister des Innern** dem Chef des Vollzugsausschusses unserer Partei Dr. Kraft gab,

als dieser am 23. Jänner 1925 bei ihm war, um sich über das Verhalten der Behörden und über den Terror in der Wojwodina zu beschweren. Der Minister antwortete damals unter anderem, daß das Verhalten der deutschen Partei zur Zeit der Regierung Davidovic ein derartiges war, daß es die Ursache der Mißstimmung der Massen gegen die Deutschen sei, und daß daher unsere Partei sich selbst die Folgen zuzuschreiben habe, die sie heute im Volke zu tragen habe. Damit hat der Minister vor dem „Volke“ kapituliert. Aber nicht vor der wahren Masse des serbischen Volkes, denn diese ist auch heute nicht mißgestimmt und rächt sich nicht an uns, sondern er kapituliert vor den aufgeregten und trunken gemachten Gruppen der unverantwortlichen Elemente. Diese haben die der Öffentlichkeit übergebene Antwort des Ministers dahin verstanden, daß ihnen schon im vorhinein Straflosigkeit zugesichert wurde und in der Tat lag zwei Tage später Dr. Kraft mit zerschlagenem Kopfe in seinem Blute. Ich habe 8 Tage vor den Wahlen die Aufmerksamkeit des Innenministers auf die fliegenden Kolonnen dieser sogenannten Cetnici im unteren Banate gelenkt, aber alles dies hat nichts genutzt. Die Hauptverantwortung wegen der vielen verübten Untaten fällt daher auch auf die höchsten Vertreter der Behörden, den der Minister des Innern hätte, wenn er gewollt hätte, mit einem Federstrich alle Gewalttaten der nationalistischen Organisationen, der sogenannten Cetnici, der Gendarmerie und aller niedriger behördlichen Organe einstellen können.

Wenn wir alle diese Erklärungen und das Verhalten der Oberstuhlrich-

seid alle Kommunisten!) Nach unserem Strafgesetze gibt es keine kollektive Verantwortlichkeit für Delikte, sondern nur eine individuelle. Alle gewählten Abgeordneten können nicht für die Schuld einiger von ihnen verantwortlich sein. Sie können für das Abgeordnetenmandat nicht disqualifiziert werden wegen der Schuld einiger. Und selbst diese können von niemandem anderen disqualifiziert werden als von dem zuständigen Gericht durch ein rechtskräftiges Urteil. Auch das Plenum der Nationalversammlung kann diese richterliche Macht nicht usurpieren. Nicht einmal den einzelnen Wähler kann in seinem Wahlrecht eine andere Macht als die richterliche disqualifizieren und umso weniger kann irgend jemand anderer als das zuständige Gericht einen Abgeordneten in seiner passiven Wahlbarkeit disqualifizieren. Ich halte dafür, daß die Mehrheit des Parlamentes alle Mandate der Kroat. republ. Bauernpartei zu verifizieren hätte, und wenn das Gericht einzelne Führer rechtskräftig verurteilt, so zieht dieses Urteil ohnehin den Verlust des Mandates nach sich. Ähnlich hat es die Mehrheit auch mit dem Abg. Dr. Thomas Rajić gemacht, den der Hauptwahlaußschuß in Großkikinda wegen Vernichtung von Wahlakten dem Gerichte übergab, sein Mandat wurde trotzdem verifiziert. Die Annullierung der Mandate der Kroat. republ. Bauernpartei würde in unserer inneren Politik unabsehbare verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen. Damit will ich die Führer der Kroat. republ. Bauernpartei nicht in Schutz nehmen, wenn sie schuldig sind, sondern gebe nur meiner persönlichen Meinung Ausdruck, daß über ihre Schuld einzig und allein das zuständige Gericht urteilen kann, nicht das Parlament, umso mehr, als das Parlament die Verteidigung der angeklagten Führer nicht von ihnen selbst hören kann, da sie an ihrem Erscheinen im Parlament verhindert wurden.

Trotz allen Terrors ist unsere Partei aus den Wahlen mit mehreren tausend Stimmen mehr als bei den vorigen aus den Wahlen hervorgegangen. Unsere Bewegung läßt sich demnach **nicht mit Gewalt vernichten**, sondern sie wird nur dann nachgeben, wenn man den grundlegenden kulturellen und wirtschaftlichen Lebensbedürfnissen der nationalen Minderheiten **entgegenkommt**. Mit diesen Bedürfnissen hat sich aber bisher noch keine Partei ernstlich beschäftigt. Und wenn wir jetzt auch nur fünf Mandate haben, so hat unser Volk unsere Politik doch gutgeheißen und sich dafür erklärt, daß wir in einer **selbständigen Partei**, so wie in vielen anderen Staaten auch die slawischen Minderheiten, die Rechte der nationalen Minderheiten verteidigen müssen, wenn sie gegen solche Angriffe, wie ich sie anführte, niemand anderen, nicht einmal die behördlichen Organe in Schutz nehmen.

Meine Herren! Ich schließe meine Rede und erkläre auch im Namen meiner Parteigenossen, daß wir nie die Rolle eines Schiedsrichters in dem Streite zwischen den Serben und Kroaten anstrebten, noch daß wir jemals die Absicht hatten, uns in diesen Streit direkt einzumengen. Wir haben diesen Streit auch nicht entschieden, denn er dauert auch heute noch immer. Aber nach Art. 74 der Verfassung sind wir Abgeordnete für unser **ganzes** Königreich und repräsentieren das **ganze** Volk, nicht bloß die, die uns gewählt haben. Wir haben daher das Recht, in allen Dingen zu entscheiden, die vor die Nationalversammlung kommen. Und wir sind in das Parlament gekommen, vor zwei Jahren und jetzt, um mit allem Ernste, gewissenhaft und loyal an der Besserung der Verhältnisse, an der Konsolidierung und dem Aufblühen unseres schönen, gemeinsamen Vaterlandes und aller in ihm lebenden Völker mitzuarbeiten. (Applaus auf der Linken, Proteste bei der Mehrheit!) — Abg. **Thomas Popović**: So haben auch wir unter der Türkei gesprochen und uns als bessere Osmanis ausgegeben als die Türken selbst! — Schallendes Gelächter rechts.)

Der richtige Rahmen für Ihre Hilfe!

Wohlfahrtsmarken



Diakonie

ter, ferner der Abgeordneten kandidaten Grgin und Dr. Spalajković, des gewesenen Ministers Simonović, des Ministers Stojadinovic und des Ministers Maksimovic zusammenfassen, dann ist es schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß die Aufreizung und das Harrangieren der Wählermassen gegen uns **von oben** gekommen ist, nicht aber aus irgend einer Indisposition, Voreingenommenheit oder aus dem Hasse des ruhigen Volkes unten.

Was den Antrag betreffend die **Unmöglichkeitserklärung der Mandate** der Kroat. republ. Bauernpartei anbelangt, so habe ich meine Meinung in der Richtung abzugeben, daß ich der Meinung bin, über die Schuld der Anhänger der Kroat. republ. Bauernpartei habe einzig und allein das zuständige Gericht in Agram das Wort zu sprechen. (Abg. V. **Grgurevic**: Wir Serben und Kroaten werden unsere Streitigkeit selbst lösen. Ihr Schwaben werdet uns nichts weiß machen! — Lärm und Geschrei. — Rufe: Skandal! **Unverschämtheit!** — Präsident Dr. **Subotić** läutet und ermahnt die Abgeordneten. — Um Dr. **Moser** bildet sich ein Kreis von Abgeordneten, links Radicianer, Demokraten und Muselmanen, rechts Radikale. Man befürchtet einen Zusammenstoß — Rufe: Gehen Sie nach Deutschland! Man mußte ihn lynchen! — Abg. **Kobasica**: Das ist eine Sabotage des französischen Tages! Das ist der **ekelhafteste Schwabe** in unserem Lande! Er will die Marne und Verdun rächen! — Abg. **Suvaković** (zu Dr. Moser): Ihr

Die Päpste Pius V. und Innozenz XI. und die Türken-Abwehr

Von Hans Sonnleitner

(Fortsetzung und Schluß)

Aus diesen Plänen ist das Sinnen und Trachten des Papstes gegen den Erbfeind der Christenheit zu ersehen: Christliche Kultur sollte der Barbarei entgegengestellt werden. Zur Verwirklichung dieser Pläne kam es nicht. Die Ziele der Könige waren zu vordergründig und ehrgeizig, so daß sich der Egoismus durchsetzte und die vom Papst konzipierte große Lösung ausblieb.

Im Anschluß an die Schlacht bei Wien wurden bis 1717 hauptsächlich durch den Feldherrn Prinz Eugen die Gebiete an der mittleren Donau befreit, die von 1526 de jure und nach der Türkenbefreiung auch de facto zu Österreich und dadurch bis 1806 mittelbar zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehörten. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges waren sie nur noch Bestandteil Österreich-Ungarns. Vor 1526 war der Deutsche Kaiser Sigismund, Sohn Kaiser Karls IV., des Gründers der ersten deutschen Universität in Prag, von 1387–1427 auch König von Ungarn und Böhmen. Bereits im 11. Jahrhundert geriet Ungarn zum erstenmal vorübergehend in deutsche Lehensabhängigkeit.

Sigismund, seit 1387 König von Ungarn, ab 1410 deutscher König, 1433 in Rom zum Deutschen Kaiser gekrönt, der in Znaïm starb und in Großwardein begraben ist, weilte oft bei den Siebenbürger Sachsen und unterstützte sie in ihren Abwehrbemühungen gegen die Türken, wobei sie Großartiges leisteten, indem sie nicht nur ihre Städte befestigten, sondern auch in ihren Dörfern über 300 Kirchenburgen errichteten, um sich verteidigen zu können. Während seines Aufenthaltes in den Südostgebieten, auch im Banat, regierte er von Kronstadt in Siebenbürgen aus ein halbes Jahr das Reich und Ungarn.

Österreich verlor diese Landschaften an der mittleren Donau, die, wie das zeitweise unmittelbar kaiserlich gewesene Banat und die k. k. Militärgrenze sowie das Großfürstentum Siebenbürgen dem ungarischen Reichsteil 1867 zugeschlagen wurden, nach dem Ersten Weltkrieg, der die staatliche Auflösung Österreich-Ungarns brachte.

Im Rahmen der Würdigung der päpstlichen Beiträge zur Abwehr der Türkengefahr darf auch Papst Calixtus III. (1455–1458), ein Vorkämpfer der defensiven Christenheit gegen den Islam, nicht unerwähnt bleiben, der wegen des großartigen Sieges des Kreuzes über den Halbmond unter Hunyadi und Kapistran in der Abwehrschlacht des türkischen Ansturmes auf Belgrad am 22. Juli 1456 das Mittagsläuten in der ganzen Christenheit angeordnet hat.

Quellennachweis:

1. Die österreichische Militärgrenze: Der deutsche Beitrag zur Verteidigung des Abendlandes gegen die Türken. Schriftenreihe des Göttinger Arbeitskreises, Heft 43, Kurt Wessely, Holzner-Verlag, Kitzingen/Main, 1954; — 2. Geschichte der Päpste: Band VIII: Im Zeitalter der katholischen Reformation und Restauration; Pius V. (1566–1572); Freiburg im Breisgau 1920 — Band XIV/2: Im Zeitalter des fürstlichen Absolutismus, von der Wahl Innozenz X. bis zum Tode Innozenz XII. (1644–1700); Freiburg im Breisgau, 1930, Herder und Co. GmbH, Verlagsbuchhandlung — verfaßt von Ludwig Freiherr von Pastor. — 3. Geschichte der Päpste in Bildern von Anton Haidacher mit einem geschichtlichen Überblick von Josef Wodka; Eine Dokumentation zur Papstgeschichte von Ludwig Freiherr von Pastor; F. H. Kerle Verlag, Heidelberg, 1965; — 4. Geschichte der Donauschwaben; Im Osten lauert die Gefahr — Reiternomaden und Türken bedrängen Europa. Von Josef Volkmar Senz; in: „Der Donauschwabe“, Aalen, vom 12. 6. 1977, S. 4, Jg. 27, Nummer 24, Donauschwäbischer Heimatverlag, Aalen/Württemberg.

Der Mitherausgeber der Südostdeutschen Vierteljahresblätter, Dr. Dr. Heinrich Zillich, hat einer Veröffentlichung dieser Abhandlung, die in den Vierteljahresblättern, Folge 3/1978, S. 185–191, erschien, zugestimmt.

Veranstaltungskalender

Haus der Donauschwaben in Sindelfingen, Goldmühlestraße 30
Telefon (0 70 31) 61 01-6 95

I. Quartal 1981 / Januar – Februar – März

Samstag, 24. Januar, Beginn: 13 Uhr

Sonntag, 25. Januar, Ende: 12 Uhr

Gottscheer Kulturarbeitsstagung der Gottscheer Landsmannschaft in Deutschland e. V. zwecks Erarbeitung eines Programms für 1981

Raum: Großer Sitzungssaal

Vorbereitung: Max Jaklitsch, Weilheim

Samstag, 7. Februar 1981

Besuch

der auswärtigen Trachtengruppen im Haus der Donauschwaben (Um 17 Uhr Empfang im Rathaus; um 19.30 Uhr Bundestrachtenfest in der Stadthalle)

Donnerstag, 12. Februar 1981, 18 Uhr

Vortrag

für die Spätaussiedler des Übergangswohnheimes Böblingen zum Thema „Die Bundesrepublik Deutschland – ein sozialer Rechtsstaat“ und

Donnerstag, 19. Februar 1981, 18 Uhr

zum gleichen Thema für die Bewohner des Übergangswohnheimes Sindelfingen

Raum: Vortragssaal

Veranstalter: BdV-Kreisverband Böblingen

Donnerstag, 12. März 1981, 18 Uhr

Vortrag

für die Spätaussiedler des Übergangswohnheimes Böblingen zum Thema „Die gesetzlichen Sonderregelungen für die Vertriebenen“ und am

Donnerstag, 26. März 1981, 18 Uhr

Vortrag

zum gleichen Thema für die Bewohner des Übergangswohnheimes Sindelfingen

Raum: Vortragssaal

Veranstalter: BdV-Kreisverband Böblingen

Feststehende Termine:

Sitzungen des Kreisverbandes der Landsmannschaft der Donauschwaben finden jeden zweiten Sonntag im Monat ab 9 Uhr statt.